

Botschafter vertritt die „andere Meinung“, nämlich die Meinung der einfachen Liebendwürdigkeit, diejenige, über welche die Zukunft eines Tages sich aussprechen wird.“ Der „Figaro“ meint und hofft namentlich, daß das Zeugnis derjenigen, die Drn. v. Jagow näher kennen, sich bewahrheiten möge, wonach der neue Staatssekretär nicht der Hilfsarbeiter, sondern der vollständig ergebene Vertreter der auswärtigen Politik des Kaisers selbst sein werde. „Es wird“, meint er, „künftig keine Zweiteilung der Auffassung in dem Programm der deutschen Politik oder in seiner Ausführung geben. Der Kaiserliche Gedanke wird allein sein Gedanke sein. Wir werden auf diese Weise mit einer Genauigkeit, die wir niemals erreicht haben, über alle Fragen, die Europa oder Frankreich angehen, wissen, welches die Gefühle und die Absichten des deutschen Kaisers sind. Die Ernennung des neuen Ministers ist also ein ganz und gar bedeutames Ereignis, das man als der allgemeinen Sache des Friedens nützlich ansehen kann.“ Die Schlussfolgerung des „Figaro“ daraus ist, daß man auch in Frankreich diesem Umstande tatsächlich Rechnung tragen solle, indem man namentlich den für Frankreich selbst gefährlichen Feldzug gegen die deutsche Einfluhr einstelle. Vergeltung (von deutscher Seite) würde zu schwer den glänzenden geschäftlichen Aufschwung Frankreichs selbst treffen. Der „Siccle“ befragt sich damit, festzustellen, daß die Ausführung des Drn. v. Jagow in Rom von sichtlichem Erfolg für die heraldische Gestaltung der deutsch-italienischen Beziehungen gewesen sei, und meint im übrigen: „Wir haben Zeit, Drn. v. Jagow am Werke zu sehen. Für den Augenblick drängt es uns aber mehr zu wissen, ob es wahr ist, daß man viele deutsche Reservisten für eine außerordentlich lange Dienstführung einberuft.“

Rom, 7. Januar. Der Minister di San Giuliano wird am Sonnabend in der Konsultation ein Diner zu Ehren des scheidenden deutschen Botschafters v. Jagow geben.

Preussischer Nachtragsetat.

Berlin, 7. Januar. Der dem preussischen Abgeordnetenhaus vorliegende Nachtragsetat für 1912 enthält außer den 60 Mill. für besondere Ausstattung der Bahnhöfe des westlichen Verkehrsgebietes mit Rangieren, Auslade- und Überholungsanlagen, 3 Mill. für Beihilfen an Beamte wegen der hohen Preise der Lebensmittel. Außerdem sollen aus einem Fonds von 700000 M. für die Bewältigung des großen Verkehrs während der letzten Monate dem stark angelegten Personal der Staatseisenbahnenverwaltung Remunerationen bezahlt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Greifenberg i. Pom., 7. Januar. Bei der heutigen Landtagswahl im Wahlkreis Greifenberg-Kammin für den verstorbenen Abg. v. Normann wurde der konservative Kandidat Rechtsanwalt Justizrat Grundmann-Teptow a. d. Wege mit 230 Stimmen gewählt.

Koloniales.

Umwandlung der Diamantenabgabe.

Berlin, 7. Januar. Durch Kaiserl. Verordnung vom 30. Dezember ist die Umwandlung der bisherigen südwestafrikanischen Diamantenabgaben in die von den Förderern gewünschte Abgabe vom Reingewinn mit Rückwirkung vom 1. Januar 1912 ab eingeführt worden. Die Steuer beträgt 1/100 der Betriebseinnahme, vermindert um 1/100 der Betriebskosten. Der Betrag, den die Förderer als Ersatz für die bis zur Verleihung des Abbaurechts gemachten Aufwendungen den Betriebskosten zuschlagen dürfen, beläuft sich auf 2,50 M. für jedes Gramm der in den Nordfeldern gewonnenen Diamanten. Die Förderer dürfen 10 Proz. Zinsen aus dem jeweils nicht abgeschriebenen Werte der dem Abbaubetrieb dienenden Gegenstände den Betriebskosten hinzurechnen. Damit ist den von den Förderern geäußerten Wünschen in vollem Umfang Rechnung getragen worden. Die zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Vorschriften werden demnächst erlassen werden.

Ausland.

Österreichische Ablehnung des russischen Demobilisierungsvorschlags.

Berlin, 7. Januar. Der „Tag“ erfährt aus Wien, 7. Januar: Die russische Regierung hat vor ungefähr vier Wochen an die österreichische Regierung indirekt die Anfrage richten lassen, ob Österreich-Ungarn geneigt wäre, mit Rußland in Unterhandlungen einzutreten, die eine einverständliche Demobilisierung der beiderseitigen Grenzreitkräfte zum Zwecke haben sollten. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich damals auf den Standpunkt gestellt, mit einem fremden Staate über solche Fragen offiziell nicht verhandeln zu können, erklärte sich jedoch später auf wiederholtes, von dritter Seite unterstütztes Ansuchen Rußlands zu inoffiziellen Verhandlungen bereit, nachdem Rußland erklärt hatte, daß gesehmäßig der älteste aktiv dienende Rekrutenjahrgang am 1. Januar a. St. entlassen werden solle, und daß die russische Regierung diese Entlassung nicht vornehmen könnte, so lange in Österreich-Ungarn die erhöhte militärische Bereitschaft bestehe. Die inoffiziellen Verhandlungen wurden innerhalb der letzten 14 Tage in durchaus freundschaftlicher Form geführt, endeten jedoch damit, daß Österreich-Ungarn erklärte, die Demobilisierung so lange nicht vornehmen zu können, als in der internationalen Situation nicht eine entscheidende Wendung eingetreten ist.

Einberufung der französischen Nationalversammlung zur Präsidentenwahl.

Paris, 7. Januar. Im heutigen Ministerrat im Elysee unterzeichnete Präsident Fallières einen Erlass, durch den das Parlament für den 17. d. M. als Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik nach Versailles einberufen wird.

Paris, 8. Januar. Der Senatspräsident und Kandidat für die Präsidentschaft der Republik, Dubouff, wird von den Blättern scharf angegriffen, weil er

als Präsident der für den 17. d. M. einberufenen Nationalversammlung beschlossen hat, den Journalisten den Zutritt zu den Wandelgängen des Versailler Kongresses zu untersagen. Die Herausgeber der Pariser Zeitungen haben gestern nachmittag eine Versammlung abgehalten, um die gegen diesen Beschluß zu unternehmenden Schritte zu beraten. Die „Petite République“ schreibt: Dubouff ist über die Blätter aufgebracht, weil sie im allgemeinen der Kandidatur Poinecaré zuviel Sympathie entgegenbringen, und will deshalb die Journalisten bestrafen, indem er ihnen den Zugang zu den Wandelgängen verweigert, dem einzigen Orte, wo am Wahltag interessante Dinge vorgehen und die taktischen Manöver zwischen den einzelnen Wahlgängen durchgeführt werden.

Auswärtige Fragen im britischen Unterhause.

London, 7. Januar. Unterhaus. Der Liberale Ring fragte, ob die Mächte über den Kurs eines gemeinsamen Vorgehens für den Fall, daß die Friedenskonferenz zu keinem Abereinkommen gelangen sollte, beratschlagt und sich geeinigt hätten. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Grey, erwiderte, die Großmächte hätten selbstverständlich dieser Frage ihre Aufmerksamkeit geschenkt, doch könne er keine ihre Ansichten oder ihren Entschluß betreffenden Erklärungen veröffentlichen, es sei denn mit ihrer gemeinsamen Zustimmung. Wenn diese Bedingung erfüllt wäre, würde er bemüht sein, dem Hause so bald als möglich Auskunft zu geben. — Der Liberale Morrell fragte, ob noch immer Verhandlungen stattänden, um Persien eine Anleihe zu gewähren, die es in den Stand setzen würde, die Ordnung im Lande wiederherzustellen, und ob Aussicht vorhanden sei, durch Einberufung des Reichstages die Verfassung wiederherzustellen. Grey erwiderte, es sei unwahrscheinlich, daß die Finanzleute bei dem Fehlen einer starken und stabilen Regierung in Persien Geld leihen würden. Die Aufmerksamkeit der Regierungen Englands und Rußlands sei deshalb auf die Bildung einer solchen Regierung gerichtet. Bis dies Ziel erreicht sei, könne er über die zweite Frage nichts Definitives sagen.

Die portugiesische Kabinettskrise.

Lissabon, 7. Januar. Der Führer der Evolutionspartei, Almeida, verzichtete darauf, das neue Kabinett zu bilden, mit Rücksicht darauf, daß die Abgeordneten der Partei der Unabhängigen sich einer Annahme und der Revision des Dekretes über die Kulte widersetzen. Alfonso Costa besprach sich heute mit dem Präsidenten der Republik und erklärte sich bereit, das neue Kabinett zu bilden.

Der Balkankrieg.

Die Unterbrechung der Verhandlungen.

London, 7. Januar. Die „Times“ vergleicht die Unterbrechung der Friedensverhandlungen mit der üblichen Pause in einem orientalischen Handelsgeschäft. Der Augenblick sei natürlich desolat und nicht frei von Gefahren. Aber wenn die Lage auch ihre Bedenken habe, so habe sie auch ihre Vorteile, und sicher wären alle Unterhändler bitter enttäuscht, wenn diese Vorteile verloren gehen sollten. Das Blatt betont, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen sind oder als abgebrochen zu betrachten seien. Der Ausdruck Unterbrechung sei nach sorgfältiger Überlegung gewählt worden, um nicht die Mächte vor den Kopf zu stoßen. Zugleich aber wollten die Delegierten offenbar nicht heimkehren, ohne einen befriedigenden Friedensabschluss mitzubringen. Was die Ägäischen Inseln betrifft, so hält die „Times“ ein Kompromiß für tunlich, um so mehr als die Griechen und Türken wüßten, daß die letzte Entscheidung bei den Großmächten liegt. Dagegen hält die „Times“ einen durchaus abweisenden Beschluß der Türkei über Adrianopel für verhängnisvoll, da ein Ausschub des Friedensschlusses das größte Unheil in Armenien, Arabien und anderen Teilen Asiens herbeiführen könnte.

Zu dem Stillstand der Friedensverhandlungen erfährt das Reutersche Bureau, daß nach dem jetzt in den türkischen Kreisen herrschenden Eindruck die türkischen Delegierten London wahrscheinlich verlassen werden, wenn keine Mittel gefunden würden, die gegenwärtigen Schwierigkeiten auszugleichen. Die Mitglieder der Mission haben sich heute nachmittag zu einer Besprechung in der türkischen Botschaft versammelt.

Das Reutersche Bureau erfährt weiter durch den bulgarischen Delegierten Dr. Danew: Seit der Unterbrechung der Friedenskonferenz ist die Lage noch keinen Schritt vorwärts gekommen. Ich bin aber voller Zuversicht, daß unsere Forderungen angenommen werden und daß der Frieden erhalten bleiben wird. Aber die Meinungen von Konferenzen, die wegen Adrianopels angeblich zwischen türkischen und bulgarischen Bevollmächtigten stattgefunden, will ich ohne Nachricht.

Konstantinopel, 7. Januar. Der Ministerrat beriet über die durch die Unterbrechung der Friedensverhandlungen geschaffene Lage. Um 7 Uhr abends dauerte der Ministerrat noch fort. Der Kriegsminister und der Minister des Äußeren begaben sich heute in das Hauptquartier von Hademski. Über den Zweck der Reise, die amtlich geheimlich wird, ist bisher nichts sicheres bekannt.

Wien, 8. Januar. Unter Hinweis auf die bevorstehende Mediation der Mächte in der Angelegenheit des Friedensschlusses betont das „Fremdenblatt“: So sehr man auch in durchsichtiger agitatorischer Absicht den Notizen über angebliche Unstimmigkeiten zwischen den Großmächten lancieren will, zeigt jeder Tag die Mächte einig in der Auffassung, daß ein baldiger Friedensschluß eine Notwendigkeit sei. Insbesondere Österreich-Ungarn hat das lebhafteste Interesse an einem baldigen Erfolge der Friedensverhandlungen, denn es muß nicht nur die Schäden des Kriegszustandes in der Nachbarschaft am meisten fühlen; vielmehr werden auch nach dem Friedensschlusse jene Verhandlungen aufgenommen werden, wodurch die wichtigen Fragen gelöst werden, die sich für Österreich-Ungarn aus der Neugestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan ergeben.

Die Botschafterbesprechungen.

London, 7. Januar. Die Versammlung der Botschafter wird heute nachmittag im Auswärtigen Amt

zusammentreten, um über die Lage zu beraten, die durch die Unterbrechung der Friedensverhandlungen auf unbestimmte Zeit geschaffen ist.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, erwarten die Botschafter von ihren Regierungen jetzt Instruktionen als Antwort auf eine Reihe von Vorschlägen, die sie nach der Sitzung am Sonnabend im Auswärtigen Amt nach den verschiedenen Hauptstädten sandten. In dieser Sitzung wurde erörtert, welcher Kurs von den Mächten einzuschlagen sei, um eine Verständigung zwischen den Kriegführenden zu fördern.

Ein italienischer Vorschlag.

Rom, 7. Januar. Die „Tribuna“ erfährt, Italien habe vorgeschlagen, und die Dreihundmächte unterhielten angeblich diesen Vorschlag einhellig, daß sowohl die den Dardanellen vorgelagerten ägäischen Inseln als auch Chios, Mytilene, Kos und Rhodos unter türkischer Herrschaft verbleiben und der Bewohnererschaft dieser Inseln nur gewisse Freiheiten gewährleistet werden. Diese Stellungnahme gegen Griechenlands Forderung erklärte sich aus dem Interesse der Dreihundmächte an dem Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer.

Eine türkisch-bulgarische Besprechung an der Tschataldschalinte.

Edin, 8. Januar. Die „Edin. Jtg.“ meldet aus Konstantinopel: Auf Einladung des bulgarischen Oberkommandierenden hatten der Kriegsminister und der Minister des Äußeren gestern eine Besprechung mit ihm nahe bei Tschataldcha. Die Minister kehrten am Abend zurück und erstatteten sofort dem Ministerrat Bericht.

Bewahrung der Kruppischen Geschütze in serbischen Händen.

Wien, 7. Januar. Die „Reichspost“ meldet aus Belgrad: Die in Kragnjewatz abgehaltenen Schießübungen mit den den Türken abgenommenen Kruppischen Kanonen hatten überraschende Ergebnisse. Die Kruppischen Kanonen sind vorzüglich und die Munition ausgezeichnet. Die Sachleute können sich nicht erklären, wie es kam, daß die türkische Artillerie so erfolglos die serbischen Truppen beschuß. Man nimmt an, daß die Geschosse schlecht tempiert waren.

Bulgarisch-rumänische Verhandlungen.

Sofia, 7. Januar. Die „Agence Bulgare“ meldet, daß die Nachricht des „Daily Telegraph“ von dem Abschluß eines Abkommens zwischen Bulgarien und Rumänien, durch das Bulgarien einen Landstreifen von Ottenija an der Donau bis zum Kap Kalkatra am Schwarzen Meer Rumänien abtritt und sich außerdem verpflichtet, ihm eine Entschädigung zur Deckung seiner militärischen Kosten auszugeben, in allen Teilen erfunden ist.

London, 7. Januar. Das „Reutersche Bureau“ meldet: Die Besprechungen zwischen Rumänien und Bulgarien über die Grenzberichtigung machen keine Fortschritte. Der Minister Jonecu wird heute eine weitere Besprechung mit Dr. Danew haben. Gegenwärtig herrscht in den bulgarischen Kreisen einsehbare Abneigung, über diese Fragen zu verhandeln. Es überwiegt die Meinung, daß ein bulgarischer Sondergesandter ernannt werden sollte, um mit der rumänischen Regierung über diesen Gegenstand zu verhandeln. Die Rumänen scheinen das Fortschreiten der Verhandlungen mit den Bulgaren über die Grenzfrage nicht allzu hoffnungsvoll zu beurteilen.

Kleine Nachrichten.

Sofia, 7. Januar. Finanzminister Theodorow ist nach St. Petersburg abgereist, um gewisse Fragen finanzieller Natur zu ordnen.

Aus Marokko.

Die Unruhen im Gebiete von Mogador. Mogador, 6. Januar. Gestern früh wurde das französische Lager unterhalb der Mauern der Stadt angegriffen. Der Feind, der nicht sehr zahlreich war, zog sich nach dreiviertelstündigem Feuer zurück. General Desperrey hat beschlossen, morgen mit den Operationen zur Säuberung der Gegend von Mogador bis zum Umkreis von 15 km zu beginnen.

Chinesische Salzsteuer und Anleihe.

Peking, 7. Januar. Ein amtliches Dekret ordnet an, daß die Salzsteuer sämtlicher Provinzen gesondert in den Banken hinterlegt werden soll, da sie für die auswärtige Anleihe erforderlich sei. Das Dekret untersagt auch aufs strengste die Verwendung der Salzsteuer für provinzielle Zwecke.

London, 8. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird am Freitag hier eine Konferenz der Vertreter der Banken der Sechsmächtegruppe stattfinden, auf der die Einzelheiten der neuen chinesischen Anleihe von 65 Mill. Pfd. Sterl. besprochen werden sollen. Hierzu gehört die Frage, wieviel von dem Gesamtbetrage der Anleihe auszugeben werden soll. Es wird erklärt, daß alsbald nach dem Friedensschlusse zwischen der Türkei und den Balkanstaaten die Emission erwartet werden dürfe.

Tariffragen im amerikanischen Repräsentantenhaus.

Washington, 7. Januar. Die Budgetkommission des Repräsentantenhauses begann gestern mit der Beweisaufnahme für die vorgeschlagene Tarifänderung, um eine Grundlage für eine Gesetzesvorlage zu gewinnen, die dem nächsten Kongress unterbreitet werden soll.

Kleine politische Nachrichten.

Rio de Janeiro, 7. Januar. Der Präsident Hermes da Fonseca hat das Gesetz betr. die Staatsausgaben für 1913 sanktioniert.

Bon der Armee.

Dresden, 7. Januar. Se. Majestät der König hat verfügt, daß an der Mittwoch, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr in der Invalidenkirche in Berlin stattfindenden Trauerfeier des verstorbenen Königl. Preussischen Generalfeldmarschalls Grafen v. Schlieffen teilzunehmen haben: 1. Generalmajor und Militärbevoll-